

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugpreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsbereich 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile.

Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 28

Samstag, den 1. Februar 1919

36. Jahrgang.

Die Lage der Kaliproduktion.

In der Gesellschafterversammlung des Kalifornienkalis, die am 29. Januar in Berlin stattfand, berichtete der Vorsitzende über die trostlose Lage des deutschen Kaligewerbes. Während man im Oktober trotz Arbeiter- und Kohlenmangels noch hoffen konnte, daß der Absatz des Jahres 1918 den des Vorjahres nicht unwesentlich übersteige und 12 Millionen Doppelzentner reines Kali erreichen würde, brachte die Revolution eine plötzliche Absatzstörung, die im Dezember zu einer fast vollständigen wurde. Infolgedessen sind nur 10 019 000 Dtzr. reines Kali gegen 10 942 000 im Jahre 1917 abgesetzt worden. Seit dem 18. November 1918 hat die Wagenstellung ausgeartet und die meisten Kaliverke liegen wegen Kohlenmangels still, sodaß an die Schaffung von Vorräten nicht zu denken ist. Die zahlreichen von der Front zurückgekehrten Arbeiter müssen trotz wesentlich höherer Löhne unproduktiv beschäftigt werden. Die zwischen den Kaliverken und den Gewerkschaften vereinbarten Arbeits- und Lohnbedingungen, die, abgesehen von der Neueinführung der achtstündigen Arbeitszeit über Tage, weit über die im Juli vorigen Jahres durch Gesetz festgesetzte Lohnaufbesserung von täglich 3 Mk. für Vollarbeiter hinaus gehen, wurden von den Arbeitern vielfach nicht gehalten und auf verschiedenen Werken ist es bereits zu Gewalttätigkeiten gekommen. Diese Werke stehen vor der Frage, ihren Betrieb entweder gänzlich einzustellen, oder bei Erfüllung der Arbeiterforderungen dem finanziellen Ruin entgegen zu treiben. So kommt es, daß die Kalindustrie weder gerettet ist für die gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtige Ausfuhr, noch für die Vieherzeugung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft, wozu nach wie vor das Rückgrat der deutschen Ernährung ist und bleiben wird. Die Produktionskosten sind so enorm gestiegen, daß die im Juli 1918 durch den Reichstag festgesetzten Preise diese Kosten bei weitem nicht mehr decken. Die rückständigen Aufträge der deutschen Landwirtschaft sind jetzt schon auf 140 000 Wagen gestiegen. Die Folgen werden sich besonders bei der diesjährigen Kartoffelernte bemerkbar machen. — Die Gesellschafterversammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an: Die Waffenstillstandskommission hat, wie verlautet, in Trier Verhandlungen über deutsche

Kalilieferungen nach Amerika gepflogen, ohne daß berufene Vertreter des Kalisyndikats beigezogen worden sind, die, zumal bei der gegenwärtig beschränkten Leistungsfähigkeit der Kalindustrie, über alle Einzelheiten erforderlichen Anskünfte geben konnten. Die deutsche Kalindustrie legt schärfste Verwahrung dagegen ein, daß solche Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden, ohne daß ihre Vertreter hinzugezogen werden.

Das japanische Friedensprogramm.

Der Pariser „Matin“ meldet, das japanische Kabinett habe das von Baron Matsui aufgesetzte Friedensprogramm gebilligt. Dieses Programm enthält 9 Punkte.

1. Japan ist bezüglich des westlichen Europa, des Balkangebiets und der afrikanischen Kolonien in enger Uebereinstimmung mit den Ansichten Englands, Frankreichs und Amerikas.
2. Japan wird in Absicht auf Deutschland und Rußland eng mit Frankreich und England zusammenarbeiten.
3. Die Frage der Entschädigungen und Wiederherstellung wird Japan der Entscheidung der Friedenskonferenz anheimstellen.
4. Das Schicksal der Samoainseln wird in Uebereinstimmung mit England und den Vereinigten Staaten geregelt werden.
5. Australien erhält Neu-Guinea.
6. Der Archipel der Marshall-, Karolinen- und Marianen-Inseln wird unter die Kontrolle Japans gestellt.
7. Tsingtau, der Hafen von Kiautschou und die Eisenbahn von Tsinan werden Japan bekommen.
8. Japan wird sich mit den Alliierten verständigen bezüglich der Aufrechterhaltung der Ordnung in Sibirien. Keine Macht solle eine Vorzugstellung einnehmen, hinsichtlich der in diesem Lande zu erwerbenden Konzessionen.
9. Das Prinzip der offenen Tür in China wird aufrecht erhalten, da Japan an der Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten interessiert ist.

Französische Maßnahmen im besetzten Saargebiet
Von Gustav Hartmann, Mitglied der Nationalversammlung
Den Arbeitern geht es unter der Herrschaft der Ententeregierungen menschlich abler, als unter der früheren Regierung in Deutschland. Im Saargebiet sind die Löhne der Bergarbeiter um rund 5 Mark je Schicht herabgesetzt und die Arbeitszeit mit Einführung eines Arbeitszwanges verlängert worden. Damit hat die Kohlenförderung den Stand vor dem Kriege teilweise überschritten. Die katholische Arbeiterschaft hat den Dreikönigstag am 6. Januar unter der alten Preußenherrschaft feierlich feiern dürfen. In diesem Jahre ließ die französische Militärverwaltung den Betrieb in vollem Umfang durchführen, weil die Kohlennot dazu zwinge. Trotzdem war ein großer Teil der Belegschaft der Gruben „Kessen“ nicht angefahren. Darauf hat der Kommandant des französischen Grubendienstes angeordnet, daß die ohne Entschädigung Feiernden nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung zu bestrafen sind. Des weiteren ist der im Saargebiet den Arbeitern bisher gewährte Erholungsurlaub aufgehoben bzw. eingeschränkt worden. Der französische Grubenüberwachungsdiens hat bestimmt, daß Erholungsurlaub nur dann gewährt werden darf, wenn nach Fällung sämtlicher Halbenpässe bei Wagenmangel die Belegschaft sonst Feiertagen verfahren müßte. Diese Maßregel ist einer völligen Aufhebung des Erholungsurlaubs gleich zu erachten.

Mehrmonatige Gefängnis- und hohe Geldstrafen sind über Leute verhängt worden, die sich gegen Angehörige des französischen Meeres ungehörig benommen oder sie beleidigt haben. Es wird die Drohung ausgesprochen, daß die französischen Militärbehörden mit äußerster Strenge zuverfahren werden, wenn solche Vorkommnisse nicht aufhören. In solchen Fällen hat auch die Stadt Saarbrücken eine Reihe von Strafen zahlen müssen, weil die Täter nicht entdeckt werden konnten. Kennzeichnend für die gegenwärtige Lage ist auch eine Neuherung des französischen Ministerpräsidenten, wonach der französische Staat Aktionäre jener Bergwerke werden würde, an denen der deutsche Staat finanziell beteiligt gewesen sei. Wenn also jetzt in der von den Spartakisten gewünschten überstürzten Art die Verstaatlichung dergleichen in Deutschland stattfinden sollte, dann würde nicht die Gesamtheit unseres Volkes den Nutzen hieraus ziehen, sondern die Entente, die auf unser Staatseigentum sofort ihre erbarmungslose Hand legt.

Ein Deutscher

Von Otto Kuppius.

„Sie haben Miss Harriet Burton kennen gelernt.“ begann endlich der junge Frost, die Champagnerperlen in seinem Glase verschlingend, „und um gleich offene Farbe zu zeigen, sage ich Ihnen, daß ich dem Mädchen sehr zugetan bin, als all den Buppen, wie sie hier unsere Gesellschaft bilden. Harriet ist mit meiner Schwester Margaret erzogen worden, und mein Umgang mit jener war ein völlig zwangloser und vertraulicher; aber erst als ich erfuhr, daß sie verheiratet werden sollte, wurde ich mir bewußt, wie sehr ich an diesem frischen, leichten Charakter hing. Indessen ließ sich damals, wo nicht einmal eine Andeutung wärmerer Gefühle meinerseits gefallen war, nichts tun, als zu verzichten. Später teilte mir Margaret mit, daß die beabsichtigte Verbindung sich wieder zerlag habe, dabei Ihrer Mitwirkung erwähnend. Daß Sie mir dabei eine interessante Persönlichkeit wurden, ist wohl nur natürlich. So traf ich Sie mit meiner Schwester zwei Monate später vor Johnsons Haus, die Strafe legend; Margaret's Teilnahme, Sie in einer solchen Lage zu sehen, war mir völlig erklärlich, und mein eigenes Interesse trieb mich an, Erkundigungen über Ihre Stellung einzuziehen — bestrebend aber war es mir, als ich meinen Vater Ihrer erwähnen höre und daneben Worte fallen, die auf die Art hindeuteten, wie Sie zu Harriet gestanden haben — was weiß ich? Ich beschloß, mich an die direkte Quelle, an Sie selbst, zu wenden.“

„So,“ fuhr er fort, die Gläser neu füllend, „und nun sprechen Sie sich offen aus, als ich es selbst getan, lehren Sie sich auch nicht daran, daß mir irgend eine Eröffnung sehr tun könnte — ich will nur klar sehen; besonders aber möchte ich wissen, wie weit Ihre eigene Aufrichtigkeit gegen mich geht.“

Reichardt hatte den Blick unmerklich auf dem Gesicht seines Gesellschafters ruhen lassen, und diesen traf

beim Aufsehen ein Auge voll so warmer Empfindung, daß er wie unwillkürlich die Hand nach dem jungen Deutschen ausstreckte. „Wohl, Sir, werden Sie ohne Rücksicht gegen mich reden?“ fragte er.

„Lassen Sie mich Ihnen einfach sagen,“ erwiderte Reichardt, die gebotene Hand fassend, „daß kein Gefühl gegen Miss Burton, das Ihnen nur die leiseste Unruhe machen könnte, in mir lebt, daß nur die Sorge für meine Selbsterhaltung mich in ihre Nähe brachte, und daß bei allem übrigen ich fast nur als ein Werkzeug des Zufalls wirkte. Verlangen Sie Einzelheiten, so will ich sie Ihnen gern geben.“

Der junge Frost schien jedes Wort mit seinen Augen durchdringen zu wollen. „Und glauben Sie,“ fragte er nach einer kurzen Pause langsam, „daß auch die junge Lady keine anderen Empfindungen für sie in Ihrem Herzen vermutet?“

Reichardt's Wangen färbten sich leicht. „Wenn ein lares, bestimmtes Aussprechen eine Meinung schaffen kann,“ erwiderte er in derselben nachdrücklichen Weise, „in der die Frage gestellt war, so muß sie wissen, daß ich keines wärmeren Gefühls als das eines freundlichen Dankes gegen sie fähig war.“

„Und diese Aussprache hat stattgefunden?“

„Sogar schriftlich, Mr. Frost, da ich mich nicht persönlich bei ihr verabschieden konnte.“

Der junge Amerikaner sah einige Sekunden lang in das offene Auge des Deutschen. „Ich glaube Ihnen, Sir,“ sagte er dann des Letzteren Hand drückend, „und selbst wenn Sie mir etwas verschwiegen hätten, so weiß ich, daß es nichts sein kann, was meiner Ehre auch langfristig zu nahe treten könnte — und so bitte ich Sie, lassen Sie uns nahe Freunde sein.“

„Wenn...“ genüge, Sir,“ unterbrach ihn Reichardt, „so folle...“ mich als Freund haben.“

„Gut, Sir, ich werde Sie an Ihr Wort mahnen,“ erwiderte Frost, des Deutschen Hand fester drückend.

Die Linke der beiden jungen Männer führte eben die Gläser zum Munde, als die Tür auffrang und lachend eine Anzahl Gäste erschien. „Hallo, Sie auch hier?“ rief einer der Eintretenden.

Reichardt hatte aufgesehen und neben dem Sprechenden William Johnsons Gesicht erblickt, das wie in starrer Befremdung die Stellung der beiden Tischenden wahrgenommen, sich dann aber rasch abgelehrt hatte.

„Lassen Sie uns bei ihnen Platz nehmen,“ räumte der Erstere dem jungen Deutschen zu, als die Angewandten sich um einen der Tische gruppierten, „ich werde dadurch Gelegenheit haben, Sie mit einem bestimmten Typus aus der New Yorker Gesellschaft bekannt zu machen.“

„Warten Sie damit, bis ich in meiner neuen Stellung bin,“ gab Reichardt halb laut zurück, „ich habe jetzt nicht einmal das Recht, über meine Zeit zu verfügen, bin augenblicklich noch Porter und mag mich als solcher nicht mit meinem Prinzipal an denselben Tisch setzen.“

Ein Zug von Humor glitt über das Gesicht des Anderen. „Wohl, gehen Sie und machen Sie sich halbwegs los,“ sagte er; „das ganze Verhältnis könnte wahrlich Stoff zu dem besten Spasse geben!“ Er begleitete seinen Gesellschaftler, die Hand vertraulich auf dessen Schulter gelegt, bis zur Tür, und Reichardt beugte sich, den Heimweg zu nehmen.

Reichardt fühlte, daß es trotz aller Gewissenhaftigkeit jetzt die härteste Aufgabe für ihn sein würde, noch drei Tage lang in seiner bisherigen Stellung zu verbleiben; indessen hoffte er in möglicher Nähe eines Grafmann durch Vermittlung des Kupferhnieb zu erhalten. Wenn er jetzt an das treue Gesicht des Letzteren und die Miene dachte, die sich bei der Erzählung des Geschehenen darauf legen würde, stieg die ganze Empfindung des Glücks, das ihm geworden, von Neuem in seiner Seele auf. Gleichzeitig aber trat auch Margaret's Bild in seine Gedanken. Sie die zu vertrieben auf sein Schicksal zu sein.

Sonntagsgedanken.

Arbeiten und nicht verzweifeln!

Hat dich ein bitteres Leid getroffen,
so scheue nicht ein doppelt Mühen;
am schönsten pflegen Trost und Hoffen
im Schweiß der Arbeit anzubahn. Hammer.

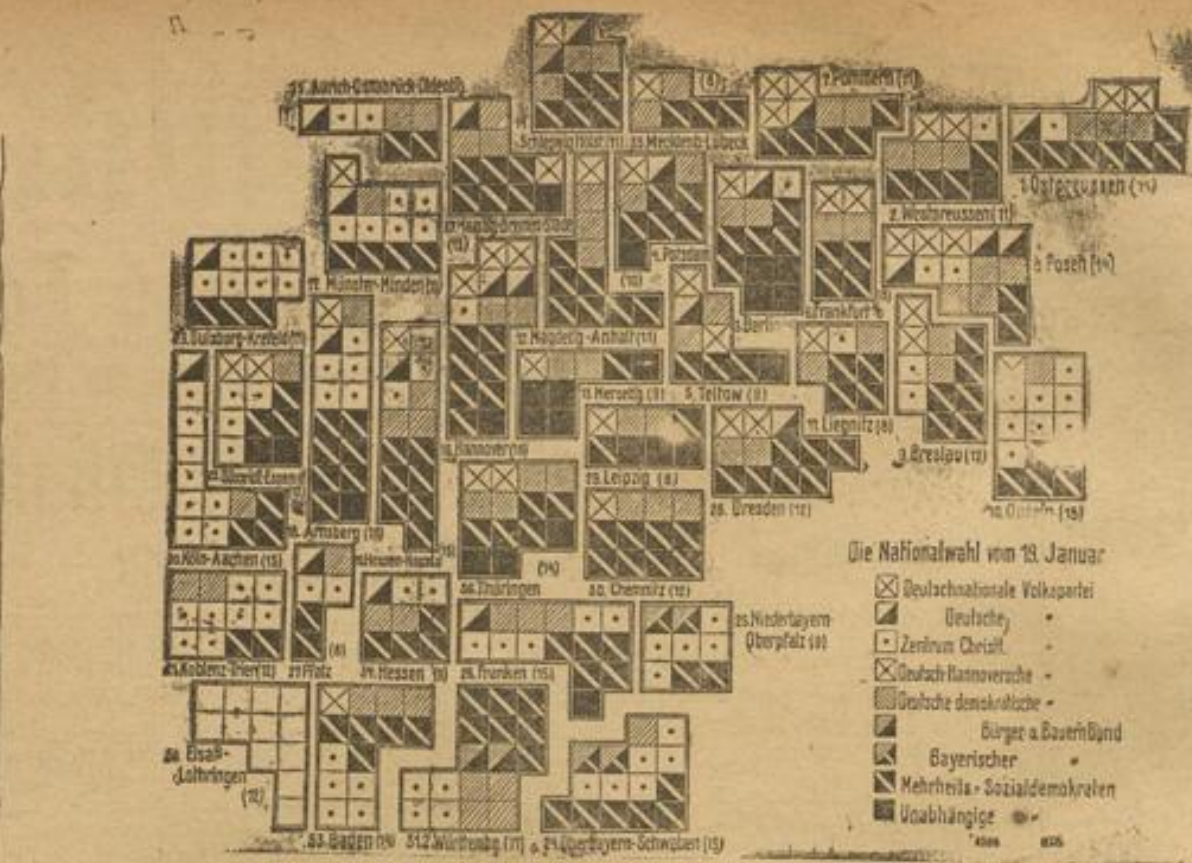
Wochenrundschau.

Die politischen Verhältnisse im Reich begannen sich zu klären. Das war zu erwarten, nachdem die Landesversammlungen in den meisten Bundesstaaten und die deutsche Nationalversammlung gewählt sind und die derzeitige Stärke der Parteien, wie sie in der Zahl der Abgeordneten der einzelnen Parteien in die Erscheinung tritt, den führenden Politikern ein sicheres Augenmaß für die Bildung der nötigen Regierungsmehrheit ermöglichte. Von wenigen Ausnahmen, denen keine größere Bedeutung zukommt, abgesehen, hat die Sozialdemokratie für sich keine absolute Mehrheit zu erlangen vermocht und sie ist, will sie sich in der Regierungsgewalt behaupten, auf die Verbindung mit bürgerlichen Parteien angewiesen. Das ist von größter Wichtigkeit, denn so wird es möglich sein, Ueberstürzungen in den Reformen, die an sich wohl nicht zu umgehen sind, zu verhindern und Auswüchse oder Einseitigkeiten einzudämmen. Für die Schaffung einer Regierungsmehrheit kommt nun nach den gegebenen Verhältnissen in erster Linie die Verbindung zwischen Mehrheitssozialdemokratie und Deutsch-demokratischer Partei in Betracht und zwar nicht nur sofern die Programme beider manche Berührungspunkte haben, sondern auch weil beide Parteien zusammen tatsächlich eine Mehrheit zu bilden imstande sind, wenn sie auch nicht gerade groß und unbedingt sicher ist; Zufallsmehrheiten der übrigen Parteien wären jedenfalls nicht anzugeschliffen. Eine einzige Zufallsmehrheit würde aber im demokratisch-parlamentarischen System die Regierung stützen und deshalb muß es das Bestreben sein, der Regierung eine möglichst breite Unterlage zu geben. Eine solche ist aber gegeben, wenn das Zentrum der Parteikonstellation beiträgt. Die politische Klugheit war der Baumeister für eine Brücke über die Kluft, die das Zentrum von der Linken, vor allem der Sozialdemokratie, trennte. Die kirchen- und schulpolitischen Fragen, die noch im Wahlkampf eine so große Rolle gespielt haben und die, wenn sie wirklich zur Entscheidung gebracht würden, den Parteikampf sofort wieder auf heftigste entflammen würden, diese Fragen werden zurückgestellt. In Preußen ist der fanatische Kulturkämpfer Hoffmann deshalb über Bord geworfen worden. So ist denn der Weg zur Verständigung geebnet und in der 6. Sitzung der württ. Landesversammlung, die wohl als parteipolitisches Musterbeispiel für das ganze Reich zu betrachten ist, wurde die Vertrauensumgebung für die vorläufige Regierung, die damit bis zur Wahl der ordnungsmäßigen Regierung gesichert ist, von der sozialdemokratischen, deutsch-demokratischen und der Zentrumspartei geschlossen mit 102 gegen 24 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte Bürgerpartei und Bauernbund, weil sie die Wege und Ziele der gegenwärtigen Regierung für noch nicht genügend geklärt hielten, sowie die Unabhängigen, die das Kompromiß in der kirchen- und schulpolitischen Frage für Verrat an der sozialistischen Sache erklärten. Die aus vier Mitgliedern bestehende Fraktion braucht sich freilich keine Gedanken über die Bildung einer Regierungsmehrheit zu machen.

Ueber die Beteiligung des württ. Truppenkontingents am Kriege machte der neue Kriegsminister Professor Hermann interessante Mitteilungen. Bei einem Friedensstand von 31 000 Köpfen zogen 3000 Offiziere und 98 000 Mannschaften 1914 ins Feld. Während des Krieges ergab sich eine Stärke von 248 000 Köpfen, mit Nachschub und Ersatz, mit den Stappentruppen usw. waren schließlich 520 000 Mann oder 21 Prozent der ganzen Bevölkerung unter den Waffen. Davon sind 59 000 Offiziere und Mannschaften (11,3 Prozent) gefallen, 158 000 (30,4 Prozent) wurden verwundet, 17 000 (3,3 Prozent) werden vermisst und in Gefangenschaft gerieten 50 000 Mann. Von 754 württ. Truppenteilen sind nun 522 wieder zurück, 8500 Mann sind noch nicht eingetroffen. Die Hälfte der Truppen sind demobilisiert.

Der bayerische Minister für militärische Angelegenheiten, Kosschauer, nahm dieser Tage Veranlassung, über den Wiederaufbau des deutschen Heeres zu sprechen. Nach Kosschauer soll z. B. in Bayern eine angeworbene, also freiwillige Polizeitruppe (Sicherheitskompagnien) mit einer Friedensstärke von 12 000 Mann und einer Kriegsstärke von 44 000 Mann gebildet werden. Im ganzen Reich würde diese Kriegsstärke etwa 350 000 Mann betragen. Neben diesem „stehenden Heer“ soll ein Milizheer auf der Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht bei einer Dienstzeit von 3 bis 5 Monaten und vier je 14tägigen Wiederholungskursen ausgebildet werden. Bayern würde dadurch ein kriegsfähiges Heer von 400 000 Mann erhalten, die Wehr des Reichs würde sich auf 7¼ Millionen Mann belaufen. Im letzten Krieg wurde ein Heer von etwa 10 Millionen aufgestellt. Nach der Veröffentlichung des amerikanischen Generalstabs hatten die Alliierten zurzeit der Unterzeichnung des Waffenstillstands an der Westfront 6 427 100 Mann und zwar 2 559 000 Franzosen, 1 818 000 Engländer und Portugiesen, 1 950 000 Amerikaner, 200 000 Belgier und Italiener. Die Deutschen waren bekanntlich etwa 3 Millionen Mann stark. Wenn man nicht dem verhängnisvollen Rat des Grafen Czernin gefolgt und etwa 1½ Millionen Mann in Südrussland nutzlos und doch nur im Interesse Ungarns verjettelt hätte, so wäre die feindliche Uebermacht im Westen auszugleichen gewesen.

Ueber den Völkerbund hat am 25. Januar in einer Vollsitzung der Friedenskonferenz in Paris der Präsident Wilson gesprochen. Die Welt, an die die Worte gerichtet waren, ist einigermassen enträuselt. Es sind nur wenige dürftige Gedanken, die in eine reiche Hülle wohlformierter Redensarten eingewickelt waren. Das Werk, das wir beginnen, muß die öffentliche Meinung der ganzen Welt zufriedenstellen, sagte Wilson. Wir werden es nicht wagen, als Vorkämpfer des Weltfriedens in irgend einem



Die Nationalwahl vom 19. Januar

punkt ein Kompromiß zu schließen und auch nur einer Punkt des Programms unseres Auftrags, das von allen angenommen worden ist, unzustößig. Es ist unser Ziel mit den Grundlagen des Weltkriegs aufzuräumen, die Welt von der Beherrschung durch kleine Kreise zu befreien. Zu diesem Zweck vor allem sind die amerikanischen Soldaten als Kreuzfahrer nach Europa gekommen. Um um die Befreiung zu einer dauernden zu machen, soll der Völkerbund gegründet werden. Ueber diesen Völkerbund sprach sich aber Wilson nicht näher aus. Er wirt seine Gründe gehabt haben. Denn es ist bekannt, daß in dieser Frage zwischen ihm und den Franzosen, in Sonderheit dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau die Meinungen arg auseinander gehen, und obgleich die Kommission der verbündeten Großmächte gewisse Richtlinien für den Völkerbund festgelegt hat, kann doch niemand sagen, wie der Bund einmal aussehen wird. Frankreich jedenfalls wird darauf bestehen, unentwegt die Zuchtrute über Deutschland zu schwingen. Da aber anzunehmen ist, daß auch in Deutschland wieder einmal das Nationalgefühl erstarrt, so erscheint der Völkerbund so lange als eine zweifelhafte Sache, als mit der Gleichstellung der Völker innerhalb des Bundes nicht Ernst gemacht wird, wogegen Frankreich sich mit Händen und Füßen sträubt. Frankreich muß sich selbst sagen, daß ein Volk, das beinahe doppelt so groß ist als das französische sich auf die Dauer nicht von ihm trennen lassen wird. Selbst der „Vorwärts“ muß da sagen, ein Frieden, der unter solchen Umständen geschlossen würde, könnte kein Dauerfrieden sein.

Auch in England hat man über den Völkerbund seine eigenen Gedanken. Der Bund ist den Engländern ganz recht, wenn er andere Völker verhindert, Kriege zu führen, es selbst will aber seine Herrschaft über die Meer nicht antasten lassen, ja es will sogar ein Landheer nach preussischem Muster auf dem Grund der allgemeinen Dienstpflicht unterhalten, von dem ein Teil das deutsche Rheinland besetzt halten soll — auch nach dem Friedensschluß, „um die Deutschen zur Einhaltung der Friedensbedingungen zu zwingen“. Und die Vereinigten Staaten von Nordamerika wollen gar — nach neueren Berichten — ein stehendes Heer von 3½ Millionen Mann, doppel so groß als dasjenige des zaristischen Rußland war auf die Beine bringen neben einer Kriegsstärke von 80 Schiffen. Wozu in aller Welt? Der Völkerbund soll doch die Kriege und ihre Voraussetzung, den Militarismus aus der Welt schaffen! Aber Wilson hat eben schon „Kompromisse“ geschlossen. Aus dem Programm sind die wichtigsten Forderungen schon ausgebrochen: Die „Freiheit der Meere“ hat bereits eine ganz andere Deutung bekommen, als sie ursprünglich im Wilsonprogramm gemeint war und wie sie einem wirklichen Völkerbund dienen würde; die Vererbung Deutschlands um seine Kolonien aber steht im greifsten Widerspruch zu dem „Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen“, und wenn die Kolonien dem Scheine nach dem Völkerbund überliefert werden. Der Mantel ist zu löchrig und durchlöcherig.

Uebrigens steht es noch nicht fest, ob der Drei so heiß gegessen werden muß, wie er in der Pariser Küche zerkocht wird. Die „kleinen Staaten“, die in der Einseitigkeit auch dabei sind oder wenigstens dabei sein möchten, und von dem Auftreten des Herrn Clemenceau, der immer die „Großmacht“ heraufholt, so wenig erbaut, daß es schon zu heftigen Zusammenstößen gekommen ist. Sie vittieren Morgenluft. Mit Recht hat auch die „Deutsche Tageszeitung“ darauf hingewiesen, es sei kein Zufall, daß die Konferenz der „Internationalen“ d. h. des radikal-sozialdemokratischen internationalen Bundes gleichzeitig in Bern tagte, wo die Pariser Konferenz über Völkerbund und soziale Fragen, besonders über die Einführung des Achtstundentags in allen Kulturländern berate. Sollte der Imperialismus Clemenceaus über den „Gerechtigkeitsrieden“ Wilsons siegen, so wäre vielleicht mit der Kriegserklärung der Internationale d. h. mit dem Generalstreik zu rechnen, der die ganze Pariser Konferenz über den Haufen werfen könnte. Der schlaue Lloyd George sucht von Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er erkennt die Gefahr, wird doch die Wirtschaft Englands schon seit geraumer Zeit durch große Arbeiterausstände aufs schwerste erschüttert, viel mehr, als man bei uns vielfach weiß. Die Ausrufung der Republik in Irland hätte in England sonst sicherlich eine andere Beantwortung gefunden; man nahm sie — vorläufig — mit auffallender Ruhe hin. Auch das englische Heer ist nicht mehr so zuverlässig,

wie aus verschiedenen Meutereien ersichtlich wurde. Aber mag auch die Bedeutung der Berner Konferenz in ihrer unmittelbaren Auswirkung vielleicht doch überschätzt werden, moralisch bildet sie ein Gegengewicht gegen Paris, das man hier gewiß auch nicht leicht nimmt.

Neues vom Tage.

Der Siedlungsplan der Regierung.

Die Reichsregierung und der Staatssekretär des Reichsarbeitsamts erließen unter dem 29. Januar eine sofort in Kraft tretende Verordnung zur Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland, aus der folgendes hervorgehoben sei:

Die Bundesstaaten sind verpflichtet, zur Schaffung neuer Ansiedlungen gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu begründen, soweit solche nicht vorhanden sind. Staatsbürgern sind bei Ablauf des Pachtvertrags dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen zu höchstens dem Ertragswert zum Kauf anzubieten.

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen ist berechtigt, unbeschränkt oder im Wege der dauernden Brennkultur oder zur Turlaufung verwendete Moorland oder anderes Peditant für Befeldungszwecke im Entlassungsweg in Anspruch zu nehmen. Es hat ein Verkaufrecht auf die in seinem Bereich liegenden landwirtschaftlichen Grundstücke im Umfang von 20 Hektar aufwärts oder Teile von solchen Grundstücken.

In den Ansiedlungsbezirken, deren landwirtschaftliche Nutzfläche in mehr als 13 v. H. auf die Güter von 100 und mehr Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche (große Güter) entfällt, sind die Eigentümer dieser großen Güter zu Landbesetzungsverbänden zusammenzuschließen. Der Landbesetzungsverband hat auf Verlangen des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens zu Siedlungszwecken geeignetes Land aus dem Bestand der großen Güter zu einem angemessenen Preis zu beschaffen. Er hat das Verkaufrecht für alle großen Güter seines Bezirkes, er muß das Verkaufrecht auf Verlangen des gemeinnützigen Siedlungsunternehmens ausüben. Die Ausübung des Verkaufrechts kann er dem gemeinnützigen Siedlungsunternehmen mit dessen Zustimmung allgemein oder für den Einzelfall übertragen.

Wo ein dringendes, auf andere Weise nicht zweckmäßig zu befriedigendes Bedürfnis nach siedlungsfähigem Land besteht, hat er den Verkauf der großen Güter gegen angemessene Entschädigung im Wege der Entlassung in Anspruch zu nehmen.

Das gemeinnützige Siedlungsunternehmen hat ein Wiederkaufrecht für die von ihm gegründeten Ansiedlungen, wenn der Ansiedler sie ganz oder teilweise veräußert oder aufgibt, oder wenn er sie nicht dauernd bewohnt oder bewirtschaftet.

Landgemeinden oder Ortsbezirke können verpflichtet werden, denjenigen Arbeitern, welche im landw. Betrieb ihres Bezirkes ständig beschäftigt sind, auf ihren Wunsch Gelegenheit zur Pacht oder sonstiger Nutzung von Land für den Bedarf des Haushalts zu geben. Ist das nötige Pacht- oder Nutzung auf andere Weise nicht zu beschaffen, so kann die Landgemeinde es im Wege der Zwangsversteigerung oder Enteignung in Anspruch nehmen.

Protest gegen den Kolonieraub.

Berlin, 31. Jan. Im nächsten Sonntag soll in der Philharmonie in Berlin eine Protestversammlung abgehalten werden, bei der Vertreter der Regierung, der Kolonialgesellschaft und anderer Schichten der Bevölkerung über die Pläne der Entente bezüglich der deutschen Kolonien sprechen werden.

Der einzige Weg.

Berlin, 31. Jan. Im „Vorwärts“ wird ausgeführt, daß die einzig wirkliche Gefahr einer Gegenrevolution in der Möglichkeit beruhe, daß es nicht gelinge, mit den Methoden der Freiheit die schwere Krise unseres Wirtschaftslebens zu überwinden. Das deutsche Volk als Wirtschaftsgemeinschaft kann auch durch Milliardenausgaben für Lohnzuschläge und Erwerbslosenunterstützungen nicht aus dem jetzigen Mangel herauskommen. Es gibt nur einen Weg, das ist die schaffende Arbeit.

Berlin, 31. Jan. Die durch Arbeitseinstellung und durch Verminderung der Arbeitsleistung entstandenen Kapitalverluste im ober-schlesischen Industriegebiet seit Ausbruch der Revolution werden auf rund 275 Millionen Mark berechnet. Der Wert der in dieser Zeit weniger geförderten Kohlen wird auf 130 bis 160 Millionen Mark geschätzt.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 31. Jan. Der südbadische Warenverkehr ist durch die französische Besetzung von Rehl stark gefährdet worden. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat Schritte unternommen, um die Vermittlung des Rehler Kohlenhändlers und den Warenautausch zwischen Rehl und dem badischen Hinterland auch fernerehin zu sichern.

General v. Winterfeldt hat erklärt, daß er auf

seinem Rücktritt als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission in Spa beharrte.

Berlin, 31. Jan. 21 amerikanische Offiziere werden im Auftrag der internationalen Waffenstillstandskommission in Berlin die politischen Verhältnisse studieren.

Der bayerische Gesandte.

München, 31. Jan. Dr. Conrad Ritter von Creger, Generalstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof, ist zum bayerischen Gesandten in Berlin ernannt worden.

Ausweisung aus Kanada.

Berlin, 30. Jan. Nach der „Action Francaise“ vom 26. Januar hat die kanadische Regierung die Ausweisung aller internierten Feinde beschlossen. Jeder Internierte erhält 75 Dollar. Ueber sein beschlagnahmtes Vermögen wird später entschieden. Es sind 2200 Internierte in Kanada.

Die Spartakisten.

Berlin, 31. Jan. Vom A- und S-Rat Pirna wird der „Freiheit“ mitgeteilt, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Otto Kühle und viele andere Kommunisten verhaftet worden seien.

Berlin, 31. Jan. Die Reichsregierung hat nach Bremen Truppen abgeordnet, um dort wieder geordnete Verhältnisse herzustellen. Das Mitglied der Regierung Koste erklärte, die Zustände in Bremen seien durch die Gewalttaten der Spartakisten unhaltbar geworden. Anfang Februar sollen nach den Abmachungen der Waffenstillstandskommission die deutschen Schiffe zur Einholung der amerikanischen Lebensmittel ausfahren, aber unter der Gewalt Herrschaft hätte keinerlei Sicherheit für das Abgehen der Schiffe bestanden. Wenn nicht von den Spartakisten oder Unabhängigen zuerst geschossen werde, werden die Regierungstruppen keinen Schutz abfeuern.

Stettin, 31. Jan. Der A- und S-Rat überreichte dem Oberpräsidenten eine Erklärung, worin die Willfährigkeit zugegeben, die gewalttätige Aushängung der roten Fahne mißbilligt und eine anderweitige Zusammenkunft des A- und S-Rats angekündigt wird. Man glaubt, daß die Beamenschaft wieder Dienst tun wird.

Das teure Heer.

Hamburg, 30. Jan. In der Volksversammlung des Arbeiterrats wurde die Mitteilung gemacht, daß die Erhaltung des jetzigen Heeres infolge der hohen Löhne usw. in den letzten 8-10 Wochen ungefähr 13 Milliarden gekostet habe.

Der Kommandeur des Schleswig-holsteinischen Pionierbataillons Nr. 9 in Harburg teilt mit, daß sich das gesamte aktive Offizierkorps des Bataillons genötigt sah, infolge der Zumutungen des Harburger Arbeiter- und Soldatenrats seine Aemter niederzulegen. Das Offizierkorps hat beschlossen, Harburg zu verlassen, um dem Vaterland an anderer Stelle zu dienen.

Der Krieg im Osten.

Berlin, 31. Jan. In Posen sind von den Polen neuerdings 7 hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgenommen worden, darunter der Präsident der Auslieferungskommission, Ganske.

Bromberg, 31. Jan. Im weiteren Verlauf der Gefechte wurden Komaden, Friedberg und Groß-Neudorf von den deutschen Truppen genommen. Mehrere Maschinengewehre, 2 Panzergewehre, eine große Menge Munition und sonstiges Kriegsmaterial wurden eingebracht.

Posen, 31. Jan. Die polnischen Soldaten, die an der Ermordung des Rittergutsbesitzers Haza-Madacz und seiner 6 Leidensgenossen auf dem dortigen Kernberg beteiligt waren, wurden vom polnischen Kriegsgericht freigesprochen.

Helsingfors, 30. Jan. Der finnländische Gesandte in Berlin Staatsrat Mjeli wird von seinem Posten zurücktreten.

Der Anschluß Oesterreichs.

Wien, 31. Jan. Der Staatsrat hat einstimmig beschlossen, der österr. Landesversammlung einen Gesetzesantrag zu empfehlen, der Deutsch-Oesterreich als Bestandteil des Deutschen Reichs erklärt.

Von der Friedenskonferenz.

London, 31. Jan. Die konservativen Blätter halten die Frage, was mit den deutschen Kolonien geschehen soll, für die erste Kraftprobe zwischen denjenigen, die den Völkerbund verwirklichen wollen (dem ja nach Wilson die Oberhoheit über die Kolonien übertragen werden soll), und denen, die ihm nur in Worten huldigen. Diese letzteren fürchten vor allem, daß der Plan Wilsons bezwecke, die Kolonien dem internationalen Handel zu öffnen, an dem also auch Deutschland sich beteiligen könnte.

Paris, 31. Jan. Nach langen Beratungen über die sozialen Fragen wurde in der Friedenskonferenz beschlossen, der Kommission für die internationale Arbeitererfassung den englischen Vorschlag vorzulegen:

eine besondere Organisation, in der auch Arbeiter vertreten sind, zu schaffen, die Material sammeln soll, um die Grundzüge der internationalen Arbeit festzulegen und ferner an den Regierungen zur Erörterung vorzulegen. (England will an die internationale Regelung der Frage nicht heran und sucht sie auf die lange Bank zu schieben.)

Württemberg.

Stuttgart, 30. Jan. (8. Ev. Landes-synode.) Die letzte Sitzung am 30. ds. Mts. brachte die 2. Lesung des Wahlgesetzes, das im allgemeinen in der Gestalt der 1. Lesung mit allen gegen 1 Stimme angenommen wurde. Zur Frage der Trennung von Kirche und Staat beschloß die Synode folgende Erklärung:

Die Landesynode hat Kenntnis genommen von den Forderungen der evang. Landeskirche an den Staat, wie sie von der Oberkirchenbehörde im Einverständnis mit dem Landesparlament ausgedrückt sind und geboten erachtet wurden. Die Landesynode ist mit diesen Forderungen vollkommen einverstanden und sie vertraut darauf, daß der Staat sich ihnen nicht entgegen wird. Die Synode mißfällt, daß der Betretung der Kirche verweigert wird, sich bei den Vorbereitungen zu den in dem Verfassungsentwurf genannten Einzelgesetzen zu beteiligen. Die Landesynode steht zu dem Grundsatz: Dem evang. Volk evangelische Schulung seiner Kinder! Die Erhaltung der konfessionellen Volksschule ist im Sinn der großen Mehrheit unseres evangelischen Volkes. Die Synode verlangt mindestens einen konfessionellen Religionsunterricht unter Mitwirkung der Kirche, mit der Möglichkeit der Befreiung für Lehrer und Schüler. Die Synode gibt der Erwartung Ausdruck, daß die evangelische theologische Fakultät im Verband der staatlichen Landesuniversität unter Aufrechterhaltung der bisherigen geschichtlichen Anerkennung der Kirchenbehörde zu der Befreiung der einzelnen Beistellen beizutragen wird. Die Synode erwartet ferner mit Bestimmtheit, daß in die Religionsverfassung keine Bestimmungen aufgenommen werden, die ein Hindernis gegen die geplante landesrechtliche Regelung bilden.

In einer weiteren Erklärung sprach die Synode den Wunsch aus, die Schloßkirche möge unter Ueberweisung an die Ev. Kirchengemeinde Groß-Stuttgart ihrem gottesdienstlichen Zweck erhalten bleiben.

Stuttgart, 31. Jan. (Aus dem Parteileben.) In einer Versammlung im „Herzog Christoph“ wurde eine weibliche Jugendgruppe der Württ. Bürgerpartei gegründet.

Stuttgart, 31. Jan. (Erhöhung der Strom- und Gaspreise.) Die Gemeindefollegen haben infolge der ungewöhnlichen Steigerung der Kohlenpreise beim Elektrizitätswerk die Strompreise bei Tarif 1 von 43 auf 48 Pfg. und den Winterpreis von 55 auf 60 Pfg., also um 5 Pfg., bei Tarif 2 den Strompreis um 8 Pfg. für sämtliche Stufen erhöht. Ferner wurde der Heizpreis um 75 Pfg. für den Zentner und der Gaspreis um 5 Pfg. für den Kubimeter erhöht (von 19 auf 24 Pfg.). Unbemittelte und Ausmarschierte erhalten den Kofs zum bisherigen Preis.

Sindelfingen, 31. Jan. (Erwischt.) Einem flüchtig gelangenen Kanonier wurden zwei Pferde, die er in Tübingen einem Hauptmann gestohlen hatte, abgenommen. Der Schwindler hatte sie schon um 4000 Mk. verkauft.

Am, 31. Jan. (Pferdemarkt.) Dem Markt von zweitägiger Dauer waren 320 Pferde zugeführt. Der Handel gestaltete sich außerordentlich lebhaft. Preise sehr hoch. Das Stück kostete von 3-5jährigen schweren Arbeitspferden 7-8000 Mark, von mäßig schweren 5000-6500 Mark, von älteren Pferden 2500 bis 3500 Mark, von Schlachtpferden 400-900 Mark.

Karlsruhe, 31. Jan. In der heutigen dritten Sitzung nahm die bad. Nationalversammlung eine Entschließung an, in der im Namen der Gerechtigkeit schärfster Einspruch gegen die mißbräuchliche Ausnützung der Waffeniederlegung Deutschlands, die im Vertrauen auf die Wilsonschen Bedingungen und auf das Zustandekommen des Völkerbunds erfolgte, erhoben wird. Die Reichsregierung und die Waffenstillstandskommission werden aufgefordert, mit allem Nachdruck für die Heimförderung der deutschen Gefangenen zu wirken. — Die bad. Regierung verlangt, daß bei allen Abmachungen mit dem Feind, die Baden betreffen, wie die Besetzung Karls usw. die bad. Regierung beigezogen werde.

Karlsruhe, 30. Jan. Die Landesversammlung hat den von dem Wahlprüfungsausschuss gemachten Vorschlag angenommen, die im 4. Wahlkreis (Mannheim) bei den Wahlen zur Landesversammlung für unzulässig erklärten 1000 Stimmen der Deutsch-Nationalen Volkspartei, auf denen aus Versehen zwei Ortsnamen verzeichnet waren, für gültig zu erklären. Die Deutsch-Nationale Volkspartei hat nun einen Sitz mehr (also 7 Sitze) und das Zentrum einen weniger (also 39 Sitze).

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 31. Januar.

(Achte Sitzung.)

Präsident Kell eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Präsident Kell erklärt: In unserer Sitzung vom 29. Januar hat sich bei Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlenfrage bei der Verfertigung der Beschlüsse des Präsidenten eine Debatte entsponnen, die mich in eine sehr peinliche Lage versetzt hat. Ich hätte es für geboten, an der alten Bestimmung festzuhalten,

daß dem Präsidenten besondere Entschädigung zu bewilligen ist. Andernfalls würde die Uebernahme des Präsidenten zum Vorrecht besitzender Abgeordneter werden. Hinsichtlich der Ausführlungen, die Abg. Graf (Zentr.) machte, verzichte ich aber auf die Entschädigung.

Abg. Haugmann (D.D.P.): Die Sache kann damit nicht als erledigt gelten, hier muß ein Antrag gut gemacht werden.

Abg. Graf (Zentr.): Ich kann nicht anerkennen, daß Form und Ton der Begründung des Standpunkts des Zentrums in der Wahlenfrage verlegend war.

Vizepräsident Walter (Zentr.): Wir haben Graf den Auftrag gegeben, unseren Standpunkt, der in unserem Programm von 1894 und 1906 festgelegt ist darzulegen; eine Spitze gegen die Person des Präsidenten sowie die Ausführlungen Graf macht haben.

Präsident Kell: Damit ist die Sache erledigt.

Bei der ersten Beratung des Verfassungsentwurfs erklärt Ministerpräsident Blos: Diese Verfassung stellt gewissermaßen den 3. Abschnitt der württ. Verfassungsgeschichte dar. In dem Entwurf ist zum Ausdruck gebracht, daß die ganze Macht im Volk ruht. Ein anarchischer Zug geht durch unsere Zeit nicht nur bei den proletarischen Massen. Wir werden uns den neuen Verhältnissen anpassen müssen.

Professor Dr. v. Blume: Reichsrecht bricht Landesrecht. Wir müssen unser Verhältnis zum Reich neu einrichten. Der unitarische Gedanke in seiner reinen Form kann wohl als erledigt gelten. Davon ist der Auffassung, daß den Einzelstaaten gegenüber dem Reich eine größere Freiheit gegeben werden müsse. Auch in Zukunft wird das Deutsche Reich ein Bundesstaat bleiben mit vermehrten Rechten der Zentrale des Reichs. Die neue Verfassung kann nur demokratisch sein. Wahre Demokratie ist: Alles für das Volk und alles durch das Volk! Sie muß erreichen: die Erziehung des Volkes zum lebendigen Staatsbewußtsein und zur Teilnahme am Staatsleben. Daß die Demokratie in England und Frankreich zu schweren Missetaten geführt haben, kommt daher, daß dort die einzelnen Politiker die Demokratie zu ihrem Nutzen mißbrauchen können. Wir werden Vorkehrungen treffen müssen, daß Vorgänge, wie sie in diesen überkapitalistischen Staaten vorkommen, bei uns unmöglich werden. Solange keine internationalen Vereinbarungen bestehen, würde eine radikale Umwälzung unseres Wirtschaftslebens den dauernden Ruin zur Folge haben. Es gilt die Verfassung, so auszugestalten, daß das Parlament unter der Kontrolle des Volks kommen muß. In dem neuen Verfassungsentwurf ist kein Platz für eine Erste Kammer. Es hätte in Deutschland nicht zu dem Räte-system kommen können, wenn nicht der Gedanke in der Luft gelegen hätte, den verschiedenen Berufsorganisationen eine Mitwirkung in der Regierung zu gewähren. Künftig wird ein zuter Teil der Arbeit, die bis jetzt in den Parlamenten geleistet worden ist, bei den Parteien und in der Regierung verrichtet werden. Die Gefahr, daß die jungen Leute ihr Wahlrecht mißbrauchen, ist nicht so groß, daß wir uns deshalb in die Haare geraten müssen. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des Staates sein, die Stützungsfrage mit allen Mitteln zu fördern. Wir werden bei der Lösung der Kirche vom Staat Vorkehrungen treffen müssen, die es den Kirchen und Religionsgesellschaften möglich machen, weiter zu bestehen. Eine restlose Trennung von Staat und Kirche ist nicht beabsichtigt. Auch bei der Frage der Erziehung des Religionsunterrichts in der Schule geht der Entwurf schwebend vor.

Die Abgeordneten Hieber (D.D.P.), Fischer (Soz.), Walter (Zentr.) und Bazille (D.P.) stellen den Antrag, den Entwurf einem Ausschuss von 24 Mitgliedern zu übergeben.

Abg. Feuerlein (Soz.): Wir haben den besten Willen, im Interesse unseres Volkes eine gute Verfassung zu schaffen. Hätten wir das parlamentarische Regierungssystem gehabt, dann wäre der Krieg zwei oder drei Jahre früher ausgebrochen. Wenn wir 15 oder 20 Staatspräsidenten bekämen, dann würde der Reichspräsident unbedingt darunter leiden. Bei der sozialistischen Wirtschaftsführung ist der bloßige Bürokratismus ausgeschlossen. Der politische Revolution wird die wirtschaftliche von selbst folgen.

Die Sitzung wird auf Samstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Druckfehler. Die Wiltbader Chronik will in ihrer te-lose Zeitung etwas mehr Schwung bringen und hat es dabei auf den freien Schwarzwalder abgesehen denselben Druckfehler vorzuwerfen. Daß solche vorkommen, weiß jedes Kind. Aber interessant ist es, wenn eine Zeitung der Konkurrenz Fehler vorwirft und nicht fähig ist, denselben Artikel ohne Fehler zu setzen. Daß der „Piffikus“ (so wird geschrieben) nicht weit her.

In Nr. 18 der Wiltbader Chronik vom 31. Jan wird die Kartoffelangelegenheit auf Samstag den 25. Januar Vorm. 9 Uhr ausgeschrieben. Müßten die ehemaligen Soldaten mit der Kartoffelangelegenheit solange warten?

Wo bleibt da das Gaudium!

Auf weitere Anzeigen der Wiltbader Chronik gehen wir nicht mehr ein.

Si tacuisses, philosophus manisses.

Der auf heute geplante Vortrag der Frä. Marie Springer Lehrerin am Mädchenlyzeum über „Völkerbund und Erziehungsreformen“ mußte bedauerlicherweise auf Sonntag, den 9. Februar, nachm. 5 Uhr im Volkshaus zum gold. Saal verschoben werden. Weitere Ankündigung wird noch erfolgen.

Evang. Gottesdienst. 4 Sonntag, nach Erscheinung. Vorm. 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Bödler.

Vorm. 11 Uhr Abendgottesdienst nachm. 1 Uhr Christe lehre (Söhnen) derselbe.

Abends 7 1/2 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Bödler.

Rath. Gottesdienst. Sonntag den 2. Februar 10 Uhr Amt u. Kerzenweihe 1/2, 2 Uhr Christenl. u. Andacht. Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7 1/2 Uhr hl. Messe.

Freitag Abend 6 1/2 Uhr Beistunde

Freitag Samstag von 4 Uhr an.

Kommunion Sonntag um 6 1/2 u. 8 Uhr, an den Werktagen bei der heil. Messe.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wiltbad. Verantwortl. G. Winkhart hofsch

Louis Hrmsdo I Wiltbad

Gröste Schwarzfü berei der Welt, Umföhrung für verschiedene Farben von:

Kleider, Kostüme A-züge e.c. Decken, Portieren, Tcherpen, Schürzen, Quästen, Böhänge, Hauben, Mützen, Tücher, Tischentücher, Schürzen, Tria-züge, Bänder, Borden, Tessen, Franzen, Spizen, Gamaschen, Kragenshoner Cravatten, Hausschuhe etc.

Schnelle und pünktliche Bedienung

Annahmestell.: Ph. Bosch, Wiltbad

Telephon 32.

Vermählte

Georg Hinterkopf

Zugführer

Mina Hinterkopf

geb. Rieker

Wildbad.

Hausen (Hall.)

Wildbad, den 31. Januar 1919.

Zeriffene Strümpfe

und Focken jeder Art werden

in 14 Tagen tabellos repariert, brauchbar wie neu

Paar Mk. 1.80,

Ganze Strümpfe aus Trikotmaterial Mk. 1.75

Albert Gipp, König-Karlstraße 68.

Wildbad.
Auf die am Rathaus angeschlagene Bekanntmachungen wird hiermit hingewiesen

1. Verfügung des Arbeitsministeriums betr. Kohlenersparnis vom 18. Januar 1919.
2. Bekanntmachung des Ernährungsministeriums betr. Mühlenüberwachung.
3. Anordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. Nov. 1918.

Wildbad, den 28. Januar 1919.
Stadtschultheißenamt Däger.

Bekanntmachung
Für Kranke, die an Magen- und Darmstörungen leiden und andere Nahrung nicht ertragen können, ist eine kleine Menge **Schokolade** zugewiesen worden.
Bezugscheine hierzu können auf dem Lebensmittelamt abgeholt werden.
Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Bekanntmachung.
Auf die Brotmarken **G** und **F** wird Rogmehl bei den Mehlhändlern Pfau, Maier und Pfamloch abgegeben.
Listen-Schluss Montag Abend 6 Uhr.
Städt. Lebensmittelamt.
Wildbad.

Freiwillige Versteigerung.
Am Montag, 3. Febr. vorm. 9 1/2 Uhr kommen am Haupteingang des Badhotels Wildbad (Kurplatz) folgende Gegenstände gegen Barzahlung zur Versteigerung:
7 Sofa, 12 Polsterstühle, 8 Ovale, 12 Kleiderständer, 24 Wandbilder, 3 Nachtstühle, Portierstoffe und sonstige Gegenstände zur Versteigerung.
Reichsbund der Kriegsbefähigten und ehemalige Kriegsteilnehmer.
Ortsgruppe Wildbad.
Samstag, den 1. Febr. abends 8 Uhr
Versammlung
im Gasthaus zur Einkracht
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Kohlenmangel betreffend.
Infolge geschäftlichem Entgegenkommens, sind mir von einer Großfirma bei sofortiger Zusage, noch 2 Waggons zerkleinerter prima Brechkohls zugebacht worden, worauf noch Bestellungen entgegen genommen werden.
Fr. Aloß.
Kohlenhandlung



Militär-Verein-Wildbad

Am Sonntag, den 2. Februar 1919 findet die jährliche

Generalversammlung

nachmittags 2 Uhr im Schwarzwaldhotel statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist vollzähliges Erscheinen notwendig.
Der Vorstand.

Sprossenhaus.
Gasthaus zur Krone
Sonntag, den 2. Februar
von Nachmittag 3 Uhr ab
Tanzunterhaltung
ausgeführt von der Kapelle des Musik-Vereins Wildbad wozu höflichst einladet
Wilh. Günther,
zur Krone.

Tanz-Unterhaltung
morgen Sonntag nachm. von 2 Uhr ab
im Hotel Palmengarten.
wozu höflichst einladet
S. Köhler.

Turn-Verein Wildbad.
Am Samstag, den 1. Februar
findet im
Hotel Palmengarten
abends 7 1/2 Uhr wegen wichtiger Besprechung eine
Versammlung
statt, recht zahlreiches Erscheinen dringend notwendig.
Der Vorstand.

Hypotheken-Darlehen
an pünktliche Zinszahler abzugeben.
Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Eine gusseiserne
Badewanne
sowie einen
Badeofen
für Kohlenfeuerung wird zu verkaufen gesucht.
Näheres in der Exped. [224]
Ein Partie neue
Sessel
hat zu verkaufen.
Fritz Brachhold.

Einen
Schreibpult
einen
Zeichentisch
sowie eine innere
Badewanne
hat zu verkaufen
Hammer, zum Hirsch.
Kautschuk-Stempel
empfiehlt
W. W. Wott.

Bettmatten
Beseitigung sofort. Alter und Geschlecht angeben.
Auskunft umsonst.
Hermes-Versand.
Stuttgart Wächterstr. 2

Parfümerie- und Toilette-Artikel

Mundwasser
Bals. Mundwasser 3.50
Lohses Mundwasser
Bergenos-Mundwasser-Tablet.
Kosmodont usw.

Zahnpasten
Rali, Alora, Chlorodont, Pabeco usw.

Parfüme
Dralle's III 5.50 u. 4.50
Rosa Centifolia
Noloko-Beilchen
Fascinata, Alajina
Veilchenbust 2.50
Niana 30.—
Clata 30.— usw.

Haarwässer
Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser
Kamilleneextrakt
Bayrum la.
(alles noch spiritushaltig)

Haaröle
Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumendöl

Brillantine
in fester Form u. flüssig

Haut- u. Gesichtspflegemittel
Lohses Lilienmilch 2.50
Gurkenmilch
Kombella-Mandellie
Kaloderma—25.—50
—75 bis 1.75
Fußstreupulver

Crèmes
Nivea, Kombella, Dia
Krasotan, Alpenblüten,
Leo Roujon, Uralla usw.

Brennlampen
gut vernickelt.

Nagelpflegemittel
Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.50
Nagelwasser
Dia-Nagellack 7.50
Nagelpoliture
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50

Haarbürsten
25.— bis 1.75

Kleiderbürsten
12.— bis 2.20

Puder (Gesicht)
ede Farbe, feste Form und
lose,
auch hübsche Luxuspackung

R.-A.-Seife
und Pulver

**Haarentsetzungs-
puder**
2.50 bis 1.50

Friskämmere
8.— bis 1.20

Zahnbürsten
3.20 bis 0.80

Handbürsten
5.— bis 2.50

Rasierapparate
20.— bis 15.—
Ersatzlingen
Duzend bis 6.—

Schirme
55.— bis 34.—

**Berg- und
Spazierstöcke**
6.— bis 2.20

Königliches Wasser
Stoff-Hosenträger
6.— bis 2.50

Haubrüse
Stück 1.50 und 2 Mk.

Stirnneze
extra groß Stück 2.50 Mk.

Termostaschen
mit Gummifolierung
17.— bis 8.50
mit und ohne Tragriemen

Wickelgamaschen
12.50— bis 7.50
auch reine Wolle

**Elektrische
Taschenlampen**
9.50 bis 2.—
Batterien 1.80

Photo-Apparate
Ernemann-Contessa
190.— bis 14.20
Photogr. Bedarfsmittel
und Chemikalien
Entwickeln u. Copieren

**Cigarren und
Cigaretten**
in nur guter Qualität
Portemonnaie
nur echt Leder

Modellschitten
Schneeschuhe
prima Höher
Mk. 40 — 55 — 57

Stiftöde
Tragriemen
Wachse u. s. w.

**Schneeschuh u. Model-
schlitten Verleih-
Anstalt**

**kauft man
bei
Chr. Schmid
& Sohn**
Parfümerie- Sport-
und Photogeschäft
mit
Damenfriseur-
Spezialgeschäft.
König-Parlstraße
68 u. 71